

Finanzen – Südwesten
hinter Bayern und Berlin

Weniger Geld für Start-ups

STUTTGART. Firmengründer in Baden-Württemberg haben 2020 deutlich weniger Geld von Investoren eingesammelt als 2019. Der Südwesten lag zudem weiter mit deutlichem Abstand hinter den deutschen Start-up-Hochburgen Berlin und Bayern. Auch nach Nordrhein-Westfalen ging wie im Vorjahr mehr Geld. Das geht aus einer Studie der Beratungsgesellschaft EY hervor. Den Zahlen zufolge steckten Investoren 155 Millionen Euro in baden-württembergische Start-ups. Das war ein gutes Viertel weniger als 2019 und zudem ein Anteil von 3 Prozent am Gesamtvolumen der Start-up-Investitionen in Deutschland. Die Corona-Krise hat den langjährigen Aufschwung der Szene gedämpft und jungen Firmen die Geschäfte erschwert. Um Schaden abzuwenden, unterstützt die Bundesregierung Start-ups mit Milliarden. Auch in Baden-Württemberg gibt es spezielle Programme.

Deutschlandweit erhielten Start-ups im vergangenen Jahr 5,3 Milliarden Euro von Investoren und damit 15 Prozent weniger als im Rekordjahr 2019. Große Deals über 100 Millionen Euro gab es seltener. Die 5,3 Milliarden waren aber der zweithöchste Wert der vergangenen Jahre, und es kamen auch mehr Start-ups an Investorengeld: Die Zahl der Finanzierungsrunden stieg bundesweit um 6 Prozent auf 743 – ein Höchststand. In Baden-Württemberg hingegen ging sie zurück, um 17 Prozent auf 34. Von den fünf größten Finanzierungsrunden entfielen vier auf Berlin, eine auf Bayern. München habe sich als Nummer zwei etabliert, sagte EY-Partner Thomas Prüver. Gründer aus Bayern sammelten 1,5 Milliarden Euro und damit etwa halb so viel Geld ein wie die Konkurrenz in der Start-up-Hochburg Berlin (3,1 Milliarden). (dpa)

Tourismus verliert 40 Milliarden Euro

WIESBADEN. Reisebeschränkungen und zeitweise Übernachtungsverbote für Privatleute in der Corona-Pandemie haben das Hotelgewerbe in Deutschland 2020 mit voller Wucht getroffen. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Übernachtungen von Reisenden aus dem In- und Ausland gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent auf das Rekordtief von 299 Millionen gesunken. Das ist der niedrigste Stand seit dem Vorliegen gesamtdeutscher Ergebnisse im Jahr 1992 mit damals 318,4 Millionen Übernachtungen. Der Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), Guido Zölllich, sprach von verheerenden Folgen der Pandemie für den Deutschlandtourismus und damit für das Gastgewerbe. Er bezifferte den Umsatzverlust von März bis Dezember 2020 auf fast 40 Milliarden Euro. Damit habe die Branche die Hälfte ihrer Umsätze verloren. Einer jüngst veröffentlichten Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes zufolge bangen 75,5 Prozent der Gastronomen und Hoteliers um ihre Existenz. Jedes vierte Unternehmen erwägt, seinen Betrieb aufzugeben. (dpa)

Chipflaute lässt Bänder stillstehen

WOLFSBURG. Das Volkswagen-Stammwerk in Wolfsburg droht im Januar wegen der Halbleiterknappheit an mehreren Tagen die Produktion. Wegen der eingeschränkten Lieferbarkeit von Chips würden zwei Fertigungslinien für jeweils vier Tage ruhen, Unternehmen und Betriebsrat hätten für die betroffenen Mitarbeiter Kurzarbeit beantragt, teilte VW mit. Es geht um die Produktion der Modelle Tiguan und Touran, heute stehen die Bänder dann erstmals still. VW hatte bereits Mitte Dezember vor Engpässen und möglichen Produktionskürzungen an einzelnen Standorten in Nordamerika, Europa und China im ersten Quartal gewarnt. Bereits am Vortag hatte der Betriebsrat im VW-Werk Emden mitgeteilt, dass auch dort wegen der Lieferwierigkeiten Kurzarbeit droht. Daimler hat für sein Kompaktwagenwerk in Rastatt wegen mangelnder Chips ebenfalls Kurzarbeit angekündigt. (dpa)

Viele Beschwerden wegen unerlaubter Telefonwerbung

BONN. Die Zahl der Beschwerden wegen unerlaubter Telefonwerbung hat einen Höchststand erreicht. Im vergangenen Jahr gingen bei der Bundesnetzagentur 63 273 solcher kritischer Wortmeldungen ein. Das war ein Plus von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr (54 242) und etwas mehr als 2018, als es 62 247

Beschwerden waren. »Wir gehen mit Nachdruck gegen die Verursacher vor«, betonte Netzagenturchef Jochen Homann. In 17 Fällen verhängte die Behörde Bußgelder, die sich auf 1,35 Millionen Euro summierten. Es ging häufig um Versicherungs- und Finanzprodukte sowie um die Energieversorgung. Viele Ver-

braucher regten sich über aggressive Telefonwerbung für Zeitschriftenabos auf. Beschwerden zu Telekommunikationsdienstleistungen waren hingegen rückläufig. Dies führte die Behörde darauf zurück, dass sie in diesem Bereich einen Verfolgungsschwerpunkt gesetzt hatte. (dpa)

Millionen gegen Brexit-Folgen

BRÜSSEL. Deutschland kann zur Milderung der Folgen des Brexits 400 Millionen Euro von der EU bekommen. Das Geld stammt aus einem 5 Milliarden Euro schweren Fonds für EU-Staaten, die vom britischen EU-Austritt besonders betroffen sind. Es soll unter anderem Fischern zugutekommen. So

können Kurzarbeitergeld sowie Umschulungen oder Ausbildungen finanziert werden. Die Mittel können auch verwendet werden, um die neuen Grenz-, Zoll- und Warenkontrollen sicherzustellen. Irland könnte eine Milliarde Euro bekommen, an zweiter Stelle folgen die Niederlande mit 700 Millionen Euro. (dpa)

Einzelhandel – Verband und Unternehmen halten Überbrückungshilfe für ungerecht und zu kompliziert

Geschäfte kämpfen um Existenz

VON ARMIN ZIMNY

STUTTGART. Der Handelsverband Baden-Württemberg (HBW) und die Initiative »#Handelstehtzusammen«, der sich 6209 Fach- und Einzelhändler, Gewerbetreibende oder Dienstleister anschließen haben, zeichnen ein düsteres Bild und rechnen mit einem weitreichenden Sterben von Läden in diesem Jahr. 80 Prozent der betroffenen Einzelhändler reichten die aktuellen Hilfsmaßnahmen nicht zur Existenzsicherung aus, lautet das Ergebnis einer Umfrage des HBW unter über 300 Händlern.

Ohne weitere Hilfen erwarten 26 Prozent der Händler, im ersten Halbjahr ihr Geschäft schließen zu müssen, weitere 30 Prozent rechnen damit, dass sie dieses Schicksal im zweiten Halbjahr treffen könnte. »Wenn es schlecht läuft, rechnen wir mit einer Verdopplung der von uns prognostizierten 6 000 Schließungen auf 12 000 Schließungen und Insolvenzen in den nächsten zwei Jahren in Baden-Württemberg«, erläuterte HBW-Präsident Hermann Hutter in einer Pressekonferenz. Kurzfristig stünden dadurch 100 000 Arbeitsplätze im Handel im Südwesten auf der Kippe, langfristig seien bis zu 200 000 gefährdet.

Ein Problem der auf den Handel zugeschnittenen Überbrückungshilfe III sei, dass diese so hohe Zugangshürden aufweise, dass die Hilfe oft nicht ausbezahlt werde, erläuterte Hutter. »Die Überbrückungshilfe III ist kompliziert, ungerecht und viel zu langsam«, ergänzte Roland Reischmann, Geschäftsführer eines Ravensburger Sport- und Modehandels mit 1 000 Mitarbeitern und Mitgründer der Initiative »#handelstehtzusammen«. Er fordert stellvertretend von der Bundesregierung für einen Ausgleich von Verlusten, »nicht von entgangenen Gewinnen«.

Wenn nicht schnell etwas passiere, dann komme es zu einem massenhaften Sterben im Einzelhandel, in den Randlagen der Städte gebe es bereits viele Leerstände, sagte Reischmann. Viele Geschäfte verabschiedeten sich leise, unbeachtet von den Medien. Er und Hutter befürchten negative Folgen für das Leben in den Innenstädten, für die Immobilienbranche und die Hersteller. Initiativen-Mitgründer Simon Bittel, Geschäftsführer der Amica Parfümeriehandels- und Beteiligungsgesellschaft mbH in Ravensburg, spricht von einer drohenden Verödung der Innen-



Das Bild könnte vielen Innenstädten drohen. Verband und Händler befürchten das – oftmals leise – Sterben vieler Einzelhandelsgeschäfte in diesem Jahr. FOTO: KNEFFEL/DPA

städte. Hutter bekräftigte dies, 60 Prozent der Besucher einer Innenstadt kämen wegen des Handels. Sinke das Angebot, blieben die Menschen weg.

Das nun wieder eingeführte Click & Collect, nach dem Verbraucher Waren im Internet bestellen und vor Ort im Geschäft abholen können, sei zwar eine Abhilfe, damit ließen sich die hohen Einbußen im stationären Handel nicht ausgleichen. Außerdem zögen es viele Verbraucher vor, dort zu bestellen, wo ihnen die Waren nach Hause geliefert würden.

Das Bündnis hat einen Katalog mit **fünf Kernforderungen** erstellt zur Gestaltung der Hilfen:

1. Der Zeitraum der Entschädigung müsse tagesgenau dem Schließungszeitraum entsprechen.
2. Die Entschädigung müsse stufenlos erfolgen und bei einem flächenbereinigten Umsatzminus von 10 Prozent beginnen. Die willkürlich eingezogenen Stufen (30%, 40%, usw.) sorgten entweder für ein Glücksspiel bei der Höhe der Entschä-

digung oder für ein Taktieren der Betriebe, die eventuell ein paar Prozent Umsatz verhindern müssten, um höhere Entschädigungsleistungen zu erhalten.

3. Die Entschädigungen müssen sich am durchschnittlichen (Monats-)Rohertrag der Vorjahre orientieren. Wer über die letzten 36 Monate einen durchschnittlichen Rohertrag von 35 Prozent hatte, bekommt für den flächenbereinigten Umsatzverlust eine Entschädigung von 35 Prozent des entgangenen Umsatzes.

4. Auch große (familiengeführte) Fachhandelsunternehmen brauchen die Unterstützung dringend. Deshalb fordern wir einen Wegfall der Obergrenze beim Jahresumsatz.

5. Die Händler brauchen eine Entschädigung für die Kosten der abgelaufenen Saisonware. Die Wertminderung von im Lockdown »abgelaufener« Saisonware muss entschädigt werden. Die bisher in Aussicht gestellten Teilwertabschläge sind nicht ausreichend.

»Wir wollen keine Almosen in Form von unverständlichen Überbrückungshil-

fen, die nicht einmal die Steuerberater verstehen und deren Hürden wir nicht nehmen können, sondern eine schlichte Entschädigung vom Tag der Schließung bis zum Tag der Wiedereröffnung«, brachte es Manfred Schnabel, der Geschäftsführer des Elektronikhändlers Expert Esch, Mannheim auf den Punkt. Der Handelsverband steht hinter diesen Forderungen der Initiative, sagte HBW-Hauptgeschäftsführerin Sabine Hagmann.

Zudem betonen die Händler, ihre Sicherheits- und Hygienekonzepte hätten funktioniert. In den meisten Geschäften habe es bis heute keinen nachgewiesenen Coronafall gegeben, sagte Reischmann. Dies sei sogar vom Robert-Koch-Institut bestätigt worden, ergänzte Schnabel. Deshalb könnten es die im Bündnis vereinten Händler nicht nachvollziehen, dass sie zu den am härtesten betroffenen Branchen dieser Beschränkungen gehörten. »Der Einzelhandel ist nicht das Problem dieser Pandemie, aber er kann Teil der Lösung sein«, betonte Reischmann. (GEA)

handelstehtzusammen.de

Staatshilfen – Bei vielen Firmen ist die Unsicherheit groß. Nerven liegen blank, auch weil Bedingungen für Hilfen geändert wurden. Nur wer Verluste hat, bekommt Geld

Angst vor Rückzahlungen geht um

VON ANDREAS HOENIG

BERLIN. Der Winter ist noch lang, die Coronakrise noch längst nicht vorbei. Kneipen und Restaurants sind weiterhin dicht, dazu haben viele Teile des Handels und Dienstleistungsbetriebe wie Friseurgeschlossene. Längst wird erwartet, dass der Lockdown über Ende Januar hinaus verlängert wird – weil die Infektionszahlen nicht heruntergehen und es Sorge um eine Mutation des Virus gibt.

Dazu kommt viel Frust über staatliche Coronahilfen. »Wenn es lediglich darum ginge, über das Regelungswirrwarr Frust zu schieben, wäre das zwar ärgerlich, aber noch nicht bedrohlich«, sagte Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer. »Aber längst ist das nicht mehr nur frustrierend, sondern existenzbedrohend für sehr viele unserer Betriebe.« Die Hilfen würden dringend gebraucht. »Und zwar jetzt, weil sonst viele Betriebe den Lockdown nicht überleben werden.«

Die Bundesregierung habe den unter den staatlichen Reglementierungen leidenden Unternehmern Hilfe zugesagt,



Optimismus der Kulturschaffenden wird auf eine harte Probe gestellt. FOTO: MURAT/DPA

und zwar schnell, solidarisch und unbürokratisch, sagte der Bundesgeschäftsführer des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft, Markus Jerger. Dies erweise sich heute für viele Unternehmer als »leeres Versprechen« und vergrößere die Unsicherheit im Mittelstand weiter.

Ärger herrscht auch über geänderte Förderbedingungen im »Kleingedruckten«. So hatte der Bundesverband der Freien Berufe kritisiert, dass eine auf »ungedruckte Fixkosten« beschränkende Regelung bei der Berechnung der Über-

brückungshilfen erst nachträglich aufgenommen worden sei: Firmen müssen Verluste vorweisen, damit Hilfen fließen.

Der Präsident des Deutschen Steuerberaterverbands Harald Elster sagte, er gehe davon aus, dass wegen der neuen Regel 80 bis 90 Prozent aller Anträge noch einmal angepackt werden müssten. In der Folge müssten viele Unternehmen entweder bereits gezahlte Hilfen zurückzahlen oder sie bekämen weniger Geld, als sie ursprünglich gedacht hätten.

Eine Sprecherin von Wirtschaftsminister Peter Altmaier sagte, gestellte Anträge müssten nicht neu gestellt werden. Die Aussage, dass es bei vielen Anträgen bei der konkreten Umsetzung zu Änderungen komme, sei für das Ministerium nicht nachvollziehbar. Das Wirtschaftsministerium gehe davon aus, dass viele Firmen, die Hilfen beantragten, auch Verluste gemacht hätten. »Bürokratie und komplexe Verfahren sind eine Sache, aber im Nachhinein stillschweigend die Bedingungen für die Förderung zu ändern, ist eine Unverschämtheit«, sagte FDP-Fraktionsvize Christian Dürr. (dpa)

Lebensmittel in Nordirland knapp

LONDON/BELFAST. Mehrere britische Supermarktketten haben vor weiteren Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung in Nordirland wegen des Brexits gewarnt. In einem Brief an Staatsminister Michael Gove forderten die Chefs von Tesco, Sainsbury's, Asda und anderen, eine bestehende Übergangsregelung mit vereinfachten Kontrollen über das erste Quartal hinaus zu verlängern. Ansonsten könne es zu »verheerlichen Störungen« in der Lebensmittelversorgung in Nordirland kommen. Zuletzt hatten Bilder von leeren Regalen in der britischen Provinz für Aufsehen gesorgt. Nordirland ist zwar Teil des Vereinigten Königreichs, wird aber laut Austrittsabkommen nach den Regeln der EU-Zollunion und des Binnenmarkts behandelt. Damit soll eine harte Grenze zum EU-Mitglied Republik Irland und ein Wiederaufflammen des Nordirland-Konflikts verhindert werden. Gove sagte im Parlament: »Diese Engpässe wurden inzwischen weitgehend überwunden.« Es gebe keine nennenswerten Warteschlangen, und Supermärkte meldeten gute Versorgung. Allerdings müsse sichergestellt werden, dass auch nach dem Ende der Übergangsphase ein »nachhaltiger Ansatz« verfolgt wird. (dpa)